Bezugspreis:
teljährlich in Neuenbürg
30.—. Durch die Poſt
Orts- und Oberamts-
ehr ſowie im ſonſtigen
ländiſchen Verkehr ℳ 27.75
mit Poſtbeſtellgeld.
Fällen von höherer Ge-
beſteht kein Anſpruch
Lieferung der Zeitung
auf Rückerſtattung des
Bezugspreiſes.

ſtellungen nehmen alle
ſtellen, in Neuenbürg
erdem die Austräger
jederzeit entgegen.

tokonto Nr. 24 bei der
-Sparkaſſe Neuenbürg

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erſcheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'ſchen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigepreis
Die einſpaltige Petitzeile oder deren Raum i. Bezirk 1.20 ℳ, außerhalb desſelben 1.50 ℳ einſchließl. Inſeratenſteuer. Offerte u. Auskunfterteilung 50 ₰. Reklame-Zeile 4.— ℳ
Bei größeren Aufträgen entſprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenſo wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Schluß d. Anzeigen-Annahme tags vorher.
Fernſprecher Nr. 4.
Für telefoniſche Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 62. Neuenbürg, Mittwoch, den 15. März 1922. 80. Jahrgang.

Deutſchland.

Stuttgart, 14. März. In den nächſten Tagen wird dem dtag auch ein Geſetzentwurf über die Eingemeindungs- ge einiger Vororte nach Stuttgart zugehen. Ein weiterer trag fordert Mittel zur Kleinrentner-Fürſorge, zur Beſ- ung der Milchverſorgung und Erhöhung der Teuerungszu- n der Beamten an. — Auch der Steuerausſchuß des Land- s nimmt ſeine Beratungen am Donnerstag auf, um das ebsſteuergeſetz zu verabſchieden.

München, 14. März. Infolge des Scheiterns der großen alition iſt der Poſten des Juſtizminiſters in Bayern noch mer frei und wird nur in Vertretung vom Miniſterpräſi- nen verwaltet. Der Evangeliſche Bund in Bayern verlangt n einer Zuſchrift an die Preſſe einen proteſtantiſchen Mi- ter im Kabinett, und zwar wegen der bevorſtehenden Schluß- rhandlungen zum Konkordat. Der evangeliſche Bund ſagt, Hinblick auf die Konkordatsverhandlungen müßte wenig- s ein proteſtantiſcher Miniſter in das Kabinett berufen rden. Wie verlautet, iſt auch Miniſterpräſident Graf Lerchen- d von der Berechtigung dieſer Forderung überzeugt.

Berlin, 14. März. Zu dem Ueberfall auf einen franzöſi- n Konſulatsbeamten in Leipzig bringen die Blätter eine liche Darſtellung, derzufolge ſich der Konſulatsſekretär in leitung der Tochter ſeiner Wirtin auf dem Heimwege be- d, nachdem er mehrere Lokale beſucht hatte. Wegen der me haben ſich Differenzen mit einigen Herren ergeben, die s geführt haben, daß der Sekretär vor ſeiner Wohnung t einem Herrn in Streitigkeiten geriet. Man nimmt an, ß dieſer Herr ein nordiſcher Ausländer war. Wenn auch Unterſuchung noch nicht abgeſchloſſen iſt, ſo kann doch mit cherheit geſagt werden, daß es ſich bei dieſem Vorfall nur m eine Eiferſuchtsſzene handelt.

Berlin, 14. März. Verhandlungen über das Arbeitszeit- ſetz zwiſchen Verkehrsminiſterium und Gewerkſchaften haben ber zu keiner Einigung geführt. — Der Thüringer Etat ließt mit einem Defizit von 205 Millionen Mark ab, obgleich e noch nicht veranlagten Grund-, Gewerbe- und Mietsſteuern plus gebucht ſind. Ohne dieſe Steuern würde ſich ein De- t von 410 Millionen Mark ergeben.

Das badiſche Innenminiſterium ein Papierpreisverteurer.

Die Breisg. Ztg." ſchreibt: Das badiſche Miniſterium des nern hat ſich unter Umgehung ſämtlicher geordneter In- nzen direkt vom Reich ein Kontingent zur Ausfuhr von 000 Raummeter Papierholz nach valutaſtarken Ländern en laſſen und ſteht mit dem badiſchen Waldbeſitzerverband nmehr in Verbindung, damit dieſer dieſes Kontingent nach m Auslande verſchachert. Der Waldbeſitzerverband will ſchon nge Rundholz nach der Schweiz ausführen, während die diſche Volkswirtſchaft es verlangt, daß Rundholz zuerſt auf n deutſchen Sägen verarbeitet und nur die fertige Ware ch dem Ausland geſchafft wird. Rundholz konnte der Wald- ſitzerverband infolge des Eingreifens der Außenhandelsſtelle n Rohholz nicht im weſentlichen Maße zur Ausfuhr bringen. unmehr ſtürzt ſich das Miniſterium Remmele auf dieſen weig der Ausfuhr und bringt zunächſt das Papierholz ins usland. Dieſes Vorgehen des Miniſteriums des Innern iſt cht zu verſtehen. Denn die Volksvertretung hackt auf der llſtoff- und Papierinduſtrie herum und ruft nach Verbilli- ng der Papierpreiſe, andererſeits aber wird der Grundſtoff, as Papierholz, ins Ausland ausgeführt. Wir können nicht auben, daß ſich das ſozialiſtiſche badiſche Miniſterium des nern dem Reichstag und dem Landtag gegenüber wegen er derartigen Ausfuhr wird rechtfertigen können; denken nnen wir uns natürlich nur, daß das Miniſterium des nern ſich hinter die alte Geſchichte der valutaſchwachen Ge- inden verſchanzt und auch hinter dieſem Mäntelchen die pierholzausfuhr nach dem Auslande regelt.

München — Berlin.

München, 14. März. Der preußiſche Staatskommiſſär für ffentliche Ordnung, Weißmann, hat alle neuerdings aufgeſtell- n Behauptungen über die Beſpitzelung Bayerns in würdiger orm dementiert. Die geſtrige Preſſe gibt ſich aber mit dieſen rklärungen noch immer nicht zufrieden und ſucht neues Mate- al aufzutiſchen. „Das Heimatland" behauptet in einem Ar- kel, daß ſich in München, Paſſau, Regensburg und Roſenberg ch ein großes Aufgebot von Geheimagenten befinde. Die „Münchner Zeitung" bedauert, daß man keine Mittel habe, ch der Berliner Spitzel zu erwehren und ſagt, dieſe ganze renwerte Geſellſchaft hätte man unter dem Ausnahmezuſtand nfach kurzerhand jenſeits der weißblauen Grenzpfähle ver- ſen ſollen. Heute ſpotteten ſie der Ohnmacht der bayeriſchen lizei, die ihnen nichts anhaben könne. Die „Münchner Neue- n Nachrichten", die zuerſt in der vorderen Reihe derer ſtan- n, die ſich an Entrüſtungen über die angebliche Beſpitzelung Bayerns nicht genug tun konnten, bemerken heute, daß ſie nach m neuen Dementi Weißmanns, ihre Behauptungen über die Anweſenheit Berliner Spitzel nicht mehr aufrecht erhalten llen. Das Blatt begnügt ſich damit, zu ſagen, daß alle dieſe einwaſchungen die Tatſache nicht aus der Welt ſchaffen könn- n, daß immer und immer wieder in Berlin die törichteſten und belwollendſten Dinge über Bayern verbreitet würden, und nter dieſen Dingen ſeien die „Weißmanniſchen Erzählungen" e ſchädlichſten geweſen, die man in Bayern gehört habe. „Man hre", ſagt das Blatt, „vor ſeiner eigenen Türe, wo es ge- ug zu kehren gibt und laſſe Bayern, deſſen Verhältniſſe in Berlin nun einmal kein Verſtändnis finden, in Ruhe. Dann raucht es all der Abwehr nicht mehr."

Freiherr v. Lersner über die Reviſion des Verſailler Vertrags.

München, 14. März. Der Reichstagsabgeordnete Freiherr n Lersner, der ehemalige Vorſitzende der deutſchen Friedens- delegation in Verſailles, ſprach in München in einer öffent- chen Verſammlung über das Diktat von Verſailles. Die Verſammlung geſtaltete ſich äußerſt lebhaft. Unter ſtürmiſcher ſtimmung verlangte Freiherr von Lersner die Reviſion des Verſailler Diktats und die amtliche Aufrollung der Schuldfrage durch die Reichsregierung. Wir müßten auch beweiſen, daß gerade unſere Gegner es ſind, die uns mit Grauſamkeiten überſchütten. Heraus mit der Gegenliſte der Kriegsverbrecher. Wir kommen zum Weißbluten mit der Erfüllungspolitik. Wenn wir einig ſind, dann wird das Friedensdiktat genau ſo an der Einmütigkeit des deutſchen Volkes zerſchellen wie ſeinerzeit das Auslieferungsbegehren.

Eine freie Anleihe neben der Zwangsanleihe?

Berlin, 14. März. Wie die „Tägliche Rundſchau" von zuſtändiger Seite erfahren haben will, dauern die Beſprechungen im Reichsfinanzminiſterium über die freie Anleihe fort, die neben der Zwangsanleihe aufgenommen werden ſoll. Die Grundlagen der freien Anleihe ſeien etwa folgende: Es werden Schatzanweiſungen" ausgegeben mit einer Laufzeit von 2 bis 3 Jahren. Inhaber von Kriegsanleihe können dieſe einlöſen und dafür freie Anleihe zeichnen. Es iſt eine 6½proz. Verzinſung vorgeſehen. Die Anleihe ſoll zum Nennwert begeben werden. Angeblich ſollen maßgebende Bankleute der Anſicht ſein, daß die Induſtrie eine derartige Anleihe weſentlich fördern würde.

Ein Kulturgürtel um Groß-Berlin.

In einer Beſprechung des Miniſteriums für Volkswohlfahrt zwiſchen Vertretern der Stadt Berlin und Reichs- und Staatsbehörden wurde beſchloſſen, alle zur Schaffung eines Kulturgürtels um Groß-Berlin erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten. Die in der Nähe von Berlin im Bereich der Vorortbahnen liegenden umfangreichen Oedländereien ſollen kultiviert werden, um dadurch die Verſorgung der Großſtadt mit landwirtſchaftlichen Produkten zu erhöhen. Den privaten Beſitzern, in deren Händen ſich dieſe Ländereien hauptſächlich befinden, ſollen für die Beſchäftigung von Erwerbsloſen bei der Urbarmachung ſehr beträchtliche Zuſchüſſe aus Reichs-, Staats- und Gemeindemitteln gewährt werden. Es ſoll daher unverzüglich mit der Aufſtellung eines Kulturplanes begonnen werden. Nähere Auskunft erteilt das Landesarbeitsamt der Stadt Berlin.

Ausland.

Paris, 14. März. Durch Dekret vom 12. März ſind in Frankreich die Ausfuhrverbote für die meiſten landwirtſchaftlichen Erzeugniſſe aufgehoben.

London, 14. März. Der Korreſpondent der „Daily Mail" in Allahabad telegraphiert, daß die britiſchen Beamten in Indien in großer Zahl ihre Demiſſion einreichen. Die Regierung habe es abgelehnt, die Zahl der zurückgetretenen Beamten bekannt zu geben.

Schwierigkeiten in den Kohlenlieferungen?

Der Pariſer „Temps" teilt nach einer Berliner Meldung mit, die deutſche Regierung habe ſich außerſtande erklärt, die bisherige monatliche Tonnage in Kohlen in den Monaten April, Mai und Juni weiter zu liefern und eine Neuregelung des Kohlenlieferungsverfahrens beantragt. Die gegenwärtigen Kohlenlieferungsverpflichtungen Deutſchlands ſind vor einiger Zeit in Paris für die Zeit von drei Monaten bis Ende April feſtgeſetzt worden, während vorher das Quantum der zu liefernden Kohlen von Monat zu Monat feſtgeſetzt wurde. Deutſchland hat jetzt monatlich 1 950 000 Tonnen zu liefern, wovon jetzt etwa zwei Fünftel in Koks verlangt wird. Es iſt allgemein bekannt, daß die Einhaltung der Kohlenlieferungsverpflichtungen bisher der deutſchen Regierung nur unter Aufbietung äußerſter Anſtrengungen und Ueberwindung größter Schwierigkeiten möglich geweſen iſt.

Belgiens ungeheure Militärlaſten.

Brüſſel, 14. März. In der Militärkommiſſion der Kammer wurden die außergewöhnlichen Militärlaſten beſprochen, wobei der Regierungsvertreter zugeben mußte, daß die Regierung 20 Millionen Franken für neue Munitionsvorräte verausgabt habe. Die Kommiſſionsmitglieder bekundeten darüber großes Erſtaunen und bemerkten, daß man doch nicht vor einem Kriege ſtehe. (!!) Solange die alliierten Truppen am Rheine ſtänden, ſei kein Krieg zu befürchten.

Gemeinſame Front der neutralen Staaten zur Vertretung ihrer Intereſſen in Genua.

Die „Baſler Nachrichten" veröffentlichen vom Stockholmer Profeſſor Dr. Guſtav Caſſel einen Aufruf an die neutralen Staaten zur gemeinſamen Vertretung ihrer Intereſſen in Genua. In dieſem Aufruf, der gleichzeitig in je einem ſchwediſchen, norwegiſchen, holländiſchen und däniſchen Blatte erſcheint, erklärt Caſſel, die Neutralen müßten für folgende Forderungen eintreten, bei denen ſie auf richtige Bundesgenoſſen auch in führenden Ländern, beſonders in England rechnen könnten, nämlich 1. daß der deſtruktiven Machtpolitik ein Ende gemacht wird, welche ſeit dem Waffenſtillſtand Europa in ſeine gegenwärtige gefährliche Lage gebracht hat; 2. müſſe den Drohungen mit Gewalt, welche von verſchiedenen Seiten immerfort Europa beunruhigen, und dem militariſtiſchen Druck ein Ende gemacht werden. Weiter fordert Caſſel die Wiederherſtellung der Freiheit im Weltverkehr, da das Mißtrauen und die Machtgelüſte den ſchreiendſten Merkantilismus hervorgebracht hätten, der die glänzende Entwicklung des Welthandels und des Weltverkehrs zum größten Teil vernichtet hätte. Die Neutralen hätten ein großes Intereſſe an der Bekämpfung der abſurden Verſchärfung der Zölle.

Die ruſſiſche Abordnung für Genua.

Chamberlain erklärte im Unterhaus, die ruſſiſche Sowjetregierung habe der italieniſchen Regierung telegraphiſch mitgeteilt, daß die ruſſiſche Delegation auf der Genueſer Konferenz beſtehen werde aus: Lenin, Tſchitſcherin, Kraſſin, Litwinow und elf weiteren Mitgliedern. — Der „Temps" gibt ein offizielles Communique der ſowjetiſtiſchen Agentur Roſta wieder, worin erklärt wird, daß, wenn die ruſſiſchen Vertreter nicht am 20. März in London auf der Sachverſtändigenkonferenz für die Konferenz von Genua zugelaſſen werden, die Sowjetregierung ſich genötigt ſehen könnte, ihren Beſchluß, nach Genua zu gehen, rückgängig zu machen.

„Von Genua nichts Gutes zu erwarten."

Neuyork, 14. März. „Bimenſüel Revort" ſchreibt, von der Konferenz in Genua ſei jetzt nichts Gutes mehr zu erwarten. Nachdem die Entente die Politik ausgeſchaltet habe, bleibe nur eine politiſche Frage noch übrig, wie die Entente Deutſchlands Anteile am ruſſiſchen Wiederaufbau verkleinern, oder die Früchte der deutſchen Mitarbeit in Rußland in ihre Taſche ſtecken könne. Die Hauptfrage in Genua bleibe die ruſſiſche Frage. Die Entente habe alle Schikanen der Diplomatie gegenüber Rußland angewendet, um die Ruſſen gefügig zu machen und Deutſchlands Ausſichten ungünſtig zu geſtalten. Es läßt ſich ſchon heute ausmalen, ohne daß man ſich für einen Propheten zu halten braucht, was in Genua beſchloſſen wird.

Eine vernünftige Stimme aus — Afrika.

London, 13. März. Die ſüdafrikaniſche Zeitung „De Burger" beſchäftigt ſich in einem Leitartikel mit den ſchwierigen Finanzverhältniſſen in Deutſchland, das unter dem Drucke der alliierten Entſchädigungsforderungen faſt zuſammenbreche. Wenn man die neuen Steuergeſetze betrachte, müſſe man zu der Ueberzeugung kommen, daß Deutſchland bereit ſei, ungeachtet der Not ſeines eigenen Volkes alles zu opfern, um ſeinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, wie es ihm möglich ſei. Die Annahme dieſer Steuergeſetze werde die Sympathie der Welt wieder auf die Seite Deutſchlands bringen. Nachdem Deutſchland überall vergeblich verſucht habe, Gelder zu erhalten, habe es wieder ſeine eigene Leiſtungsfähigkeit erhöhen müſſen. Dieſe Tatſache beweiſe, wie groß die innere Kraft und die Geiſtesſtärke Deutſchlands unter den allerſchlimmſten Umſtänden geblieben ſei. Das ſei es, was Frankreich verſtimme.

General Smuts über den Aufſtand in Südafrika.

Aus Johannesburg erfährt man, daß Miniſterpräſident Smuts Kapſtadt mit Sonderzug verlaſſen und im Automobil in Johannesburg eingetroffen iſt, aber nicht ohne Hinderniſſe zu überwinden. Aufſtändiſche hatten das Auto beſchoſſen und auch den Wagen getroffen, aber ohne jemand zu treffen. Die Ankunft Smuts hat in Johannesburg den beſten Eindruck gemacht. Smuts hat ſofort die Leitung der Truppen übernommen. Dem Reuter-Korreſpondenten erklärte er, daß die Regierung über genügend Truppen verfüge, um die Ordnung wieder herzuſtellen. Die Farmer und auch die anderen Bewohner haben ſich ohne Rückſicht auf die politiſche Zugehörigkeit der Regierung ſofort zur Verfügung geſtellt. Journaliſten, die ihn um Aufklärung über die Vorgänge baten, antwortete er, daß die revolutionäre Bewegung in Südafrika das Werk extremiſtiſcher Aufrührer ſei, die den Minenſtreik nur als Deckmantel für ihre Ziele benutzten. In ganz Südafrika ſei der Generalſtreik proklamiert, aber die Mehrzahl der Arbeiter der Trade-Unioniſten in den Zentren habe ſich geweigert, an der Bewegung teilzunehmen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 13. März. Bei der am 11. März ſtattgefundenen Verſammlung des Bezirksvereins der Gemeinde- u. Körperſchaftsbeamten erſtattete Stadtſchultheiß Knodel ein ausführliches Referat über die Beſtimmungen betr. Erhebung der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus, dem auf Einladung auch je ein Vertreter des Hausbeſitzer- und des Mietervereins anwohnten. Nach einleitenden Begrüßungsworten durch den ſtellvertretenden Vorſitzenden, Schultheiß Hoernle (Calmbach), welcher die weitere Tagesordnung bekanntgab, verbreitete ſich Stadtſchultheiß Knodel in über einſtündigen Darlegungen, die er durch Beiſpiele weiter veranſchaulichte, über das genannte Thema. Einleitend führte er aus, daß man es bei dieſem Geſetz mit einer ſogenannten Eintagsfliege zu tun habe, weil es nur Gültigkeit habe vom 31. Oktober 1921 bis 31. März 1922. Vom 1. April 1922 werde die Wohnungsabgabe reichsgeſetzlich geregelt und bedeutend erhöht. Nicht verwechſelt werden dürfe das Geſetz mit dem Mietegeſetz, damit habe es nichts zu tun; es diene zur Förderung des Wohnungsbaus, doch liegen die näheren Beſtimmungen noch nicht vor. Die Wohnungsabgabe müſſe durch die Gemeinden erhoben werden, nur ganz beſondere Fälle bedingen eine Ausnahme. Obwohl die Wohnungsabgabe bereits ganz fällig iſt, ſtehen die vom Miniſterium längſt verſprochenen Vordrucke noch nicht zur Verfügung, um mit der Umlage beginnen zu können. Die Abgabe für den Staat betrage jährlich 1 Proz. des Kapitalwerts (Steueranſchlag) und 0,3 Proz. für die Gemeinden. Urſprünglich war im Geſetz vorgeſehen, daß dieſe Sätze erhöht oder ermäßigt werden können, das ſei aber nach den neueren Verfügungen hinfällig geworden; überall müſſen die Sätze von 1,3 Proz. erhoben werden. Der Abgabepflicht unterliegen nicht nur die Wohngebäude, ſondern alle gewerblichen, induſtriellen und landwirtſchaftlichen Zwecken dienenden Gebäude, auch Feldſcheuern, weiterhin die in Gebäuden des Reichs, des Landes, der Gemeinden und anderer öffentlich-rechtlicher Verbände befindlichen Wohnungen oder an Dritte überlaſſene Räume, auch wenn dieſe Gebäude zur Gebäudeſteuer weder allgemein noch gemeindeſteuerpflichtig ſind, alſo insbeſondere Dienſtwohnungen von Beamten, Schullehrerwohnungen mit Zubehörden, die Pfarrgebäude ausſchließlich Amtszimmer. Von der Abgabe befreit ſind die dem Reiche, den Ländern, den Gemeinden oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperſchaften für öffentliche Zwecke beſtimmten Gebäude, weiter die Gebäude, die den Zwecken eines Unternehmens dienen, deſſen Erträge ausſchließlich dem Reiche, den Ländern, den Gemeinden oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperſchaften zufließen, wie Gebäude von Elektrizitäts-, Gas- und Waſſerwerken, wenn ihre Erträgniſſe ausſchließlich dieſen Körperſchaften zufließen, ferner Gebäude, die religiöſen Zwecken oder kirchlicher Arbeit dienen (Kirchen, Kapellen und andere dem öffentlichen Gottesdienſte ge-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

weihte Gebäude), auch die Gebäude der nicht mit Korporationsrechten verſehenen Religionsgemeinſchaften und Gemeindehäuſer, Armenhäuſer, Gebäude, die der Volkswohlfahrt dienen (Wanderherbergen, Krankenhäuſer) und die nach dem 1. Juli 1918 fertiggeſtellten Gebäude. Nicht zu verwechſeln ſei die Abgabebefreiung von dem Abgabenachlaß. Grundſatz ſei, die Steuer werde erhoben vom Steueranſchlag nicht vom Steuerkapital. Auf Antrag ſeien von der Abgabe ganz oder teilweiſe zu befreien die Gebäude oder -teile, die wirtſchaftlichen Zwecken dienen ſoweit ſie infolge völliger oder teilweiſer Einſtellung des Betriebs ganz oder teilweiſe nicht ausgenützt werden, Gebäude, deren Geſtehungskoſten durch außerordentliche Veränderungen nach dem 1. Juli 1918 ſo verteuert worden ſind, daß ſie den Geſtehungskoſten einer nach dem 1. Juli 1918 neu gebauten Wohnung gleich oder nahekommen. Abgabeſchuldner für den ganzen Betrag der Abgabe aus einem Gebäude iſt in erſter Linie, wer als Eigentümer oder Nutznießer bei der Gebäudeſteuer ſteuerpflichtig iſt. Neben dem Eigentümer oder Nutznießer iſt auch Geſamtſchuldner, wer ein zur Abgabe herangezogenes Gebäude ganz oder teilweiſe kraft eines Miet- oder Pachtverhältniſſes in Benützung hat. Die Grundlage für die Erhebung bilden die Gebäudekataſter nach dem Stand vom 1. Januar 1921. Die Umlage auf die einzelnen Wohnungen iſt zunächſt Sache des Hausbeſitzers. Bei Differenzen entſcheidet zunächſt der mit den Geſchäften beauftragte Gemeindebeamte. Der Gemeinderat iſt Beſchwerdeinſtanz. Die Abgabe wird bei Dienſtwohnungen unmittelbar bei den Nutznießern erhoben. Etwaige Beitreibung erfolgt als öffentlich-rechtliche Forderung wie die Kataſterſteuer. Die Abgabe für Staat und Gemeinde wird auf Antrag nachgelaſſen bezw. erſtattet, wenn ſie bereits bezahlt iſt, wenn ein Gebäude infolge Zerſtörung oder Beſchädigung durch Brand, Exploſion uſw. ganz oder teilweiſe unbenützbar geworden iſt, wenn die Ausnützung von Gebäuden oder Gebäudeteilen, die wirtſchaftlichen Zwecken gewidmet ſind, infolge völliger oder teilweiſer Einſtellung des Betriebs aufgehört hat, wenn Wohnungen oder Geſchäftsräume, die zur Vermietung beſtimmt ſind, unvermietet geblieben ſind und vom Gebäudeeigentümer oder Nutznießer weder für eigene Zwecke verwendet noch einem Dritten zur Nutzung überlaſſen worden ſind. Die Abgabe für Staat und Gemeinde wird auf Antrag ferner nachgelaſſen bezw. erſtattet, wenn der Abgabepflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert iſt, ſeinen Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu beſtreiten und wenn ſein hauptſächlich aus Kapitaleinkommen und Ruhegehalt beſtehendes ſteuerbares Jahreseinkommen für das der Veranlagung vorausgegangene Rechnungsjahr 1920 10 000 M. nicht überſteigt; ferner wenn die Abgabe wegen Krankheit oder Erwerbsloſigkeit eine beſondere Härte bedeuten würde, desgleichen bei großer Kinderzahl, wenn beſondere wirtſchaftliche Verhältniſſe die Leiſtungsfähigkeit des Abgabepflichtigen beeinträchtigen (Unterhalt und Erziehung der Kinder, Verpflichtung zum Unterhalt mittelloſer Angehöriger, Krankheit, Körperverletzung, Verſchuldung, Unglücksfälle), wenn der Gebäudeeigentümer oder Nutznießer ohne ſein Verſchulden für die Abgabe von dem Erſatzpflichtigen einen Erſatz nicht erhalten konnte, wobei Vorausſetzung iſt, daß eine Zwangsvollſtreckung gegen den Erſatzpflichtigen erfolglos war. An das Referat ſchloß ſich eine kurze Ausſprache, die im weſentlichen Uebereinſtimmung mit den Ausführungen des Referenten ergab, dem vom Vorſitzenden für die belehrenden Ausführungen der Dank der Verſammlung ausgeſprochen wurde.

Unterlengenhardt, 13. März. (Unſinnige Preisſteigerungen.) Heute wurde auf dem hieſigen Rathaus die nicht ganz 300 ha große Gemeindejagd auf ſechs Jahre neu verpachtet. Der ſeitherige Pachtpreis betrug 190 M. jährlich. Erſteigert wurde die Jagd um 4500 M. von einem ſehr jugendlichen Herrn aus Dillſtein. — Auch ein Zeichen der heutigen Zeit. — Danach kam das angefallene Brennholz zur Verſteigerung. Vom Gemeinderat war der Meter zu 350 M. veranſchlagt. Erlöſt wurden durchſchnittlich 380 M. pro Meter. — Seit 1. März koſtet hier das Liter Milch ab Stall nach einer Bekanntmachung des Schultheißenamts 4 M., nachdem erſt am 1. Dezember der Literpreis auf 3 M. erhöht worden war.

Birkenfeld, 13. März. Die Generalverſammlung der Freiwilligen Feuerwehr wurde am letzten Samstag im „Adler" hier abgehalten. Dieſelbe war Dank des guten kameradſchaftlichen Geiſtes, der dem Korps innewohnt, gut beſucht. Kommandant Seufer eröffnete die Verſammlung und gedachte in herzlichem Nachruf der im vergangenen Jahre mit Tod abgegangenen Kameraden Wilhelm Ochner und Richard Schmid. Hierauf gab der Schriftführer Karl Roth die Protokolle der letzten Verſammlungen bekannt, gegen welche ſich keine Einwendung erhob. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß die Korpsſtärke 102 Mann beträgt. Stattgefunden haben ſechs Uebungen, eine Nachtübung, zwei Korpsverſammlungen und zehn Ausſchußſitzungen. Außerdem beteiligte ſich die Wehr beim Löſchen eines Waldbrandes und an dem Feuerwehrjubiläum in Brötzingen. An den Uebungen beteiligte ſich die Mannſchaft mit 80 Proz. Auch der geſellige Teil kam zu ſeinem Rechte. Der im vorigen Jahr gemachte Ausflug über Pforzheim, Hagenſchießſiedlung, Bärental, Nieſern und zurück mit der Bahn befriedigte allgemein. Auch eine gelungene und ſchön verlaufene Abendunterhaltung, bei der auch die Familienglieder auf ihre Rechnung kamen, wurde veranſtaltet. Der Bericht des Kaſſiers Karl Schroth bot ein erfreuliches Bild. Das Geſamtvermögen iſt auf 3815 M. angewachſen. Die Kaſſe wurde durch die aufgeſtellten Reviſoren Chriſtian Stumpp und Wilhelm Häußer geprüft und in Ordnung befunden, worauf dem Kaſſier Entlaſtung und der gebührende Dank für gewiſſenhafte Geſchäftsführung ausgeſprochen wurde. Zum Vereinsdiener wurde Karl Scherer wiedergewählt. Der für heuer auf 7. Mai projektierte Ausflug ſoll über Brötzingen, Iſpringen, Erſingen und zurück über Schönbügel gehen. Noch wurde in Anregung gebracht die Errichtung eines Steigerhauſes mit Magazin, ſowie die Anſchaffung von Röcken. Gemeinderat Karl Roth gab den Standpunkt der Gemeindeverwaltung in dieſer Angelegenheit bekannt und konnte die Mitteilung machen, daß das Steigerhaus mit Magazin gebaut werde, ſobald die Platzfrage entſchieden iſt. Bezüglich der Anſchaffung von Röcken führte er aus, daß in der jetzigen teuren Zeit ſich die Anſchaffung nur auf das allernotwendigſte beſchränken müſſe, was von der Verſammlung auch zugegeben wurde. Bei der Beſprechung dieſer beiden Punkte wurde, nebenbei geſagt, dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß kein Vertreter der Gemeindeverwaltung der Verſammlung anwohnte. Es könnte, wenn dies der Fall wäre und wenn es ſich, wie hier, um Gemeindeangelegenheiten und -ausgaben handelt, den Beratungen nur förderlich ſein. Der Kommandant ſchloß die harmoniſch verlaufene Verſammlung mit einem Appell treuer Pflichterfüllung. Wir aber benützen dieſe Gelegenheit, allen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr für ihre gemeinnützige Tätigkeit und für die Bereitwilligkeit, ihre Kräfte zugunſten der Allgemeinheit zur Verfügung zu ſtellen, Dank und Anerkennung auszudrücken. F.

Württemberg.

Freudenſtadt, 14. März. (Autoſpritze.) In Anweſenheit des Landesfeuerlöſchinſpektors Zimmermann wurde die von der Motorenfabrik Benz in Gaggenau hergeſtellte Autofeuerſpritze übernommen. Sie koſtet 240 000 M. Der neue Preis würde 680 000 M. betragen.

Horb, 13 Mräz. (Vom Heimbachkraftwerk.) Auf einer Verbandsverſammlung des Bezirksverbandes Heimbachkraftwerk im hieſigen Rathaus wurde über den günſtigen Stand der Bauarbeiten berichtet und die Vollendung für Juli oder Auguſt in Ausſicht geſtellt. Der Voranſchlag vom Januar 1921 ſah einen Aufwand von 28,6 Millionen Mark vor. Im Dezember 1921 ergab ſich infolge der Ueberteuerungen ein Geſamtaufwand von 54 Millionen Mark. Für weitere Ueberteuerungen ſind nochmals 6½ Millionen Mark in Rechnung geſtellt. Eine Höchſtſpannungsleitung für 55 000 Volt wird mit einem Aufwand bis zu 17 Millionen Mark von Bieringen a. N. über Horb, Bettenhauſen nach Waldmöſſingen gebaut, um die Belieferung Schrambergs mit ſeinen großen Induſtrieunternehmungen ſicherzuſtellen. Die Waſſerkraft in Bieringen und das Ueberlandnetz Horb wurden erworben. Der geſamte Geldbedarf des Bezirksverbands berechnet ſich auf 90 bis 100 Millionen Mark, die die Württ. Girozentrale aufbringt.

Stuttgart, 13. März. (Vom Marſtall.) Der Abbruch des Marſtalls in der unteren Königſtraße ſteht bevor. Mit dem Reichsbankneubau ſoll ſchon in den nächſten Tagen begonnen werden, im April folgt dann der Neubau der Schloßgarten-A.-G., das große Schloßgartenhotel. Im Gebiet des neuen Hauptbahnhofs wird es nun lebendig. Das große Königstor iſt abgebrochen, die wertvollen Teile aufbewahrt, um ſpäter am Bahnhof als Toreingang Verwendung zu finden. Auch das alte Haus vor der Empfangshalle des neuen Hauptbahnhofs wird nunmehr abgetragen.

Stuttgart, 14. März. (Preſſeprozeß.) Im Mai v. Js. wurden die Redakteure Schreiner und Böttcher vom damaligen „Sozialdemokrat" wegen Aufforderung zum Ungehorſam gegen beſtehende Geſetze durch das Schwurgericht zu drei und zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen eines Formfehlers verwarf das Reichsgericht das Urteil auf die eingelegte Berufung hin. In erneuter Verhandlung vor dem hieſigen Schwurgericht bejahten die Geſchworenen die Schuldfrage, worauf das Gericht auf Geldſtrafen von 600 und 400 M. erkannte.

Stuttgart, 14. März. (Totſchlag.) In der Samstagnacht wurde eine verheiratete Kellnerin, die ſeit Jahren in einer Wirtſchaft in der Gaisburgſtraße beſchäftigt war, von dem 21 Jahre alten Hilfsarbeiter Alfred Mörk durch mehrere Meſſerſtiche ſo ſchwer verletzt, daß ſie geſtorben iſt. Sie hatte einem von ihm geſtellten unzüchtigen Anſinnen nicht ſtattgegeben. Der Täter iſt verhaftet.

Stuttgart, 13. März. In der Aula der Techniſchen Hochſchule wurde durch einen Feſtakt das neue Röntgenlaboratorium der Techniſchen Hochſchule ſeiner Beſtimmung übergeben. Der Leiter des Inſtituts, Dr. Glocker, der von Calw gebürtig iſt, behandelte ſodann die Ziele und Zwecke des Inſtituts. Staatspräſident Dr. Hieber ſchilderte die Entſtehung der einzigartigen vorbildlichen Einrichtung für ganz Deutſchland und dankte allen, die das neue Werk finanziell unterſtützten.

Stuttgart, 14. März. (Etwas von den Fleiſchpreiſen in Berlin.) Ein Leſer ſchreibt: Vor mir liegt das „Berliner Tageblatt" vom 10. März d. J. Darin offeriert ein großes Warenhaus friſches Fleiſch zu folgenden Preiſen: Kalbskamm und Bruſt per Pfund zu 15 M., Kalbsnierenbraten 16 M., Kalbskeule, ganz oder geteilt, 17 M., Rinderbruſt und Querrippe 17 M., Rinderkamm 18 M., Schweineſchinken 23 M., Schweinebauch und Blatt 23 M., Schweinerücken 23 M., gehacktes Rind- und Schweinefleiſch 17 M. je das Pfund. Was ſagen die Stuttgarter Hausfrauen und die Stuttgarter Metzger dazu? Und wo bleibt unſere vielgeprieſene Preisprüfungsſtelle? — Friſche Eier werden in Berlin für 3,10 M. das Stück angeboten; hier werden 3,80 und 4 M. verlangt. Auch andere Lebensmittel: wie Fiſche, Wurſt und Käſe, Gemüſe und Früchte, ſind im teuren Berlin bedeutend billiger wie bei uns in Stuttgart.

Untertürkheim, 14. März. (Eingehende Wirtſchaften.) Vor einiger Zeit wurde der Gaſthof zur „Krone" verkauft und in eine Fabrik umgewandelt. Auf 1. April ſoll nunmehr auch der größte und älteſte Gaſthof hier, der „Hirſch" ſeine Pforten ſchließen.

Untertürkheim, 14. März. In einem Hauſe der Karlſtraße in der Wohnung ſeiner Schwiegereltern hat ſich der Bräutigam der Tochter; ein in Heidenheim wohnhafter Flaſchner, erſchoſſen. Der junge Mann kam hierher, um ſeine Braut zu beſuchen. Der Grund zur Tat iſt nicht bekannt.

Großglattbach, 14. März. (Unſinnige Holzpreiſe.) Auch bei der hieſigen Holzverſteigerung wurden, trotz der Warnung des Schultheißen, ganz unſinnige Preiſe von den zahlreich erſchienenen Käufern geboten. Für einen Raummeter wurden 1000 M. und darüber gezahlt.

Baden.

Pforzheim, 13. März. Unter dem Verdacht der Kindestötung wurde hier ein 19jähriges Dienſtmädchen verhaftet und zugleich auch der Geliebte des Dienſtmädchens, ſowie zwei Frauen unter dem Verdacht der Mithilfe der Tat. Die Leiche des Kindes war am Rechen des elektriſchen Werkes gefunden worden.

Unteröwisheim, 13. März. In Sachen der Mordtat an dem Landwirt Wilhelm Höpfinger hat der Staatsanwalt bereits die nötigen Unterſuchungen eingeleitet. Von dem Tatort, dem Baume, auf dem der Wilhelm Höpfinger erſchoſſen worden iſt, geht eine direkte Linie in die offene Dachlucke der zum Bauerngut des Landwirts Frey gehörenden Scheune. Es iſt eine kerzengerade, 500 bis 600 Meter lange Schußlinie und für einen guten Schützen ein kleines, ſein Ziel nicht zu verfehlen. Daß der Schuß aus der Gegend des Freyſchen Hauſes gefallen iſt, dürfte laut „Bruchſaler Zeitung" feſtſtehende Tatſache ſein, denn die Anwohner beſtätigten alle der vernehmenden Behörde, daß ſie den Knall des Schuſſes vernommen hätten. Ein Dachdecker, der auf einem in der Schußlinie gelegenen Hauſe arbeitete, verließ ſchleunigſt ſeine Arbeitsſtätte, als die ſcharfe Kugel über ſeinen Kopf hinwegſauſte. Dem Rathaus ſieht man es von außen an, daß ſich hier ein erbitterter Kampf abgeſpielt hat. Ueber die Perſönlichkeit des Frey wird geſagt, daß er ein überaus gewalttätiger und herrſchſüchtiger Menſch, zugleich aber auch ein äußerſt tüchtiger Landwirt iſt, deſſen Hof ſich in tadelloſer Faſſung befindet. In der Mordtat iſt inſofern ein neues Moment aufgetaucht, als der Landwirt Heinrich Frey den Waldhüter Baumgärtner in Münzesheim gedungen haben ſoll, den Höpfinger zu erſchießen. Als Lohn für dieſe Tat ſollen 120 Goldmark vereinbart worden ſein. Waldhüter Baumgärtner wurde in Haft genommen und am Montag nachmittag von den Gerichtsbehörden verhört. Ueber das Ergebnis der Unterſuchung iſt noch nichts bekannt. Baumgärtner behauptet am Donnerstag in der Zeit, als Höpfinger vom Baume herabgeſchoſſen wurde, in Ubſtadt geweſen zu ſein. Einige Leute ſagen aber aus, ſie hätten den Baumgärtner zu der fraglichen Zeit in der Nähe von Unteröwisheim geſehen. Das Gewehr, aus dem der Schuß abgegeben worden iſt, iſt noch nicht gefunden worden. Der erſchoſſene Höpfinger wurde am Sonntag nachmittag unter ſehr ſtarker Beteiligung hier zu Grabe getragen.

Konſtanz, 11. März. In ein Spezereigeſchäft an der Schneckenburger Straße kamen zwei unbekannte Männer, um Schweizer Stumpen zu kaufen. Sie fragten die Geſchäftsinhaberin, ob ſie größere Quantitäten erhalten könnten, was die Frau auf den Abend zuſagte. Zur angegebenen Zeit erſchienen die Schwindler, ließen ſich die Waren zeigen und ſtellten ſich, als die gutgläubige Frau dies getan hatte, als Zollbeamte vor, die beauftragt ſeien, die zu wenig verſteuerten Stumpen zu beſchlagnahmen. Nachdem ſie der Frau die 5000 Schweizerſtumpen weggenommen und ihr auch noch 5000 Mark bares Geld „beſchlagnahmt" hatten, verſchwanden die Gauner ſpurlos.

Kappelrodeck, 12. März. Wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgeſetz wurden hier auf behördliche Anordnung hin etwa 60 Brennkeſſel geſchloſſen.

Hoffenheim b. Sinsheim, 13. März. Der 35jährige Ba wirt Adolf Weſſer wurde, als er mit einer Zange an ei ſchadhaften Schalter der elektriſchen Hausleitung hantierte, elektriſchen Strom auf der Stelle getötet.

Vermiſchtes.

Baut Zuckerrüben! Der Verband der ſüddeutſchen Zuck rübenpflanzer hat mit den Zuckerfabriken Süddeutſchla einen Anbauvertrag für das Jahr 1922 abgeſchloſſen, der Landwirten außer dem günſtigen Grundpreiſe noch beſond wichtige Vorteile verſchiedener Art ſichert. Die Fabriken g zurzeit dieſe neuen Akkordverträge hinaus und wir möch angeſichts der ſchon ſehr nahe gerückten Saatzeit nicht unſeren ſeitherigen Mitgliedern, ſondern auch allen übri Landwirten dringend ans Herz legen? „Baut Zuckerrü und ſchließt diesbezügliche Akkorde mit dieſem Vertrage unſeren Zuckerfabriken ab, nicht nur weil die Bedingun außerordentlich günſtig ſind, ſondern auch, damit die allge nen Klagen über den immer noch herrſchenden Zuckerma in Land und Stadt in abſehbarer Zeit verſtummen kön

Die Granaten als Kirchenglocken. Die kleine Geme Marhorſt bei Twiſtringen hat ſeinerzeit, wie viele andere ihre Kirchenglocken dem Kriegsmoloch zum Opfer brin müſſen, und da hier bisher die Mittel fehlten, neue Glocken anzuſchaffen, verfiel ſie auf einen gewiß nicht alltäglichen danken, dem Uebelſtand des fehlenden Geläutes abzuhe Man ſagte ſich: gingen einſt die Glocken als Granaten Feld, ſo mögen jetzt die Granaten als Glocken in den K turm wandern! Und in der Tat, in luftiger Höhe des M horſter Glockenſtuhles hängen ſeit einiger Zeit die metalle Hüllen zweier großer Artilleriegeſchoſſe als Glockenerſatz. ſchen ihnen iſt ein beweglicher Eiſenklöppel angebracht, der Pſeudo-Glocken anſchlägt, die nun, ſtatt ihrer eigentlichen ſtimmung gemäß Tod und Verderben zu ſpeien, allſonntä mit freundlicher heller Stimme die Gläubigen zum Gottesd rufen.

Zu Tode geprügelt. Der Schiffer Friedrich Garz, der we Trunkenheit von der Schutzpolizei in Tangermünde verh wurde, wurde von den Beamten der Schutzpolizei derart prügelt, daß er am nächſten Tage ſtarb. Die Polizeiverwal hat die Staatsanwaltſchaft, die Regierung und das Polizei ſidium in Magdeburg von dem Vorfall verſtändigt. Der ter des Kommandos der Schutzpolizei in Tangermünde iſt auf ſofort von ſeinem Poſten enthoben worden.

Bankeinbruch in Danzig. In der Stahlkammer der Ziemanſki in Danzig wurden vier Schließfächer ausgera In einem befanden ſich über 80 Millionen und in einem and Werte von über 100 Millionen Polenmark (etwa ſechs M onen Reichsmark). Die Ermittlungen haben noch nicht erg ob ſich die Diebe vielleicht ſelbſt Schließfächer gemietet ha um ungehindert in die Stahlkammer zu kommen.

Deutſchland — ein Zeitungsfriedhof. Faſt jede neue Nu mer des „Zeitungsverlags", des amtlichen Organ des Ver deutſcher Zeitungsverleger, bringt den Grabgeſang in einer deutſchen Zeitung. Blättern mit ruhmreicher, jahrzeh langer Vergangenheit hat namentlich der heutige Papierp das Todesurteil geſprochen und ernſte Anzeichen deuten dar hin, daß über Deutſchland, einſt das Land des ausgebreitet und kulturell höchſtſtehenden Preſſeweſens, das große Zeitung ſterben kommt, weil es den Verlegern nicht mehr möglich ihre Betriebe bei den heutigen Papierpreiſen und der K aller übrigen allgemeinen Unkoſten, die mit der Herausg einer Zeitung verbunden ſind, aufrechtzuerhalten. Allein den letzten 14 Tagen wurde das Eingehen von nahezu ei Dutzend deutſcher Zeitungen gemeldet, darunter ſolcher, wohl ein halbes Jahrhundert lang Kulturarbeit am deutſch Volke verrichtet haben. In allen Fällen haben die hohen ſtellungskoſten das Eingehen der Zeitungen — es handelt durchweg um mittlere und kleinere Provinzblätter — her geführt.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 14. März. Dem Dienstagmarkt am hieſi Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 65 Ochſen, 30 Bu 200 Jungbullen, 207 Jungrinder, 253 Kühe, 406 Kälber, Schweine, 2 Schafe, die ſämtliche verkauft wurden. Er wurden aus 1 Zentner Lebendgewicht: Ochſen 1. 1800 bis 1 2. 1400 bis 1650, Bullen 1. 1600 bis 1700, 2. 1300 bis 1 Jungrinder 1. 1850 bis 1980, 2. 1600 bis 1750, 3. 1250 bis 1 Kühe 1. 1250 bis 1450, 2. 1000 bis 1200, 3. 700 bis 880, Kälber 1900 bis 2000, 2. 1750 bis 1850, 3. 1580 bis 1680, Schweine 2050 bis 2100, 2. 1850 bis 1950, 3. 1650 bis 1750 M. Verla des Marktes: belebt.

Neueſte Nachrichten.

München, 15. März. Die Haftbeſchwerde des Rech anwalts Müller aus München, der ſich unter dem Verda der Begünſtigung der Erzbergermörder in Unterſuchungsh befindet, iſt vom Offenburger Gericht abgewieſen worden.

München, 14. März. Reichspräſident Ebert wird Mi Mai nach München kommen. Der Grund des Beſuchs die „Deutſche Gewerbeſchau". Es ſteht noch nicht feſt, der Reichspräſident ſchon zur Eröffnung am 13. Mai erſt einige Tage ſpäter wird kommen können. Es heißt daß Reichskanzler Dr. Wirth den Reichspräſidenten auf ſei Reiſe begleiten wird. — Der ehemalige bayeriſche Miniſte präſident und Vorgänger des Grafen Hertling, Dr. Clem Graf von Podewils, iſt im Alter von 72 Jahren geſtorb Podewils war jahrelang bayeriſcher Geſandter am Quiri in Rom und in Wien.

Wiesbaden, 15. März. Die Rheinlandkommiſſion den Führern der politiſchen Parteien mitgeteilt, daß künf in Verſammlungen die Behandlung der Kriegsſchuldfr verboten iſt. (Das böſe Gewiſſen. Schriftl.)

Düſſeldorf, 14. März. Heute mittag wurde vom Ob präſidenten der Rheinprovinz, Freiherrn von Groote, 62. Rheiniſche Provinziallandtag eröffnet. Zum Präſiden des Provinziallandtags wurde der Oberbürgermeiſter Carre Duisburg gewählt. Von der franzöſiſchen Beſatzungsbehö war die Erlaubnis zur Tagung unter der Bedingung ert worden, daß keine die Beſatzungsbehörde verletzende Re gehalten werden. Während der Tagung darf auch nur Flagge der Rheinprovinz gehißt werden. Den Verhandlu gen wohnen auch franzöſiſche Ueberwachungsbeamte bei.

Osnabrück, 15. März. Hier ſind 140 Perſonen Fleiſchvergiftung erkrankt. Ein 16jähriger Lehrling ein 3jähriges Mädchen ſind bereits geſtorben.

Hagen, 14. März. Ein Beiſpiel für die Frechheit, der die Werber für die Fremdenlegion vorgehen, wird a Oſtherbede berichtet. Ein 25jähriger Bergmann war dem Führer eines Perſonenautos nach dem Wege nach Bla kenſtein gefragt worden und hatte ſich bereit erklärt, Strecke weit mitzufahren. Unterwegs gab man ihm Gläſer Schnaps, die ihn beſinnungslos machten. Als aufwachte, fand er ſich mit neun weiteren Opfern in ein

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

ſerne in Köln wieder, wo jeder unter Drohungen zur sfüllung eines Verpflichtungsſcheins gepreßt wurde. Dem ergmann und einem anderen jungen Mann aus Buer-Erle lang es, zu entfliehen.

Leipzig, 14. März. Das Reichsgericht hat die Reviſion s früheren Gerichtsaſſeſſors und Oberleutnants Hans Hiller, er am 18. Dezember 1921 vom Schwurgericht des Land-richts I Berlin wegen Mißhandlung des verſtorbenen üſiliers Helmhake zu ſechs Monaten Feſtungshaft verurteilt urde, verworfen.

Leipzig, 14. März. Der dritte Zivilſenat des Reichs-richts hat die Klage einer Anzahl Richter des preußiſchen berverwaltungsgerichts abgewieſen, durch welche dieſe den nterſchied zwiſchen ihrem Gehalt und der Penſion einge-agt hätten, auf welche ſie durch das preußiſche Altersrenten-ſetz vom 15. Dezember 1921 geſetzt worden ſind. Das ammergericht in Berlin hatte der Klage ſtattgegeben. Das ichsgerichtliche Urteil erkennt die Zwangspenſionierung von eamten mit dem 65. bezw. 68. Lebensjahr als zu Recht ſtehend an.

Berlin, 14. März. Die „Basler Nachrichten" kriti-ſieren den Beſchluß der alliierten Finanzminiſter ſehr ſcharf, nach Deutſchland mit den franzöſiſchen Mobiliſations-ſten für 1921 zu belaſten ſei und ſchreiben: Wenn die lliierten ſolche Geldvergeudungen nachträglich billigen und em wehrloſen Deutſchland zu Laſten ſchreiben laſſen, ſo eißt das nichts anderes, als daß ihnen jeglicher Sinn für e unumgänglichen Vorbedingungen einer internationalen nleihe an Deutſchland fehlt. — Auch die „Neue Züricher Zeitung" kritiſiert den Beſchluß ſehr abfällig.

Berlin, 15. März. Die Verhandlungen über die Neu-egelung der Lohnverhältniſſe für die im Reichsdienſt ſtehen-en Arbeiter brachten laut „Vorwärts" folgende Lohnſteige-ungen: für die 24 Jahre alten Arbeiter in Ortsklaſſe A Erhöhungen von 2,33—2,90 Mark die Stunde. In den Ortsklaſſen B, C und D vermindern ſich die Löhne in jeder Gruppe um 50 Pfennig. Für die Verheirateten kommen noch eine Frauenzulage in Höhe von 40 Pfennig die Stunde und ferner in den Orten mit Ueberteuerungszuſchlägen die Ueberteuerungszuſchläge hinzu. Für die Arbeiter unter 24 Jahren werden Mehrbeträge pro Stunde in Höhe von 1,80—2,50 Mark bezahlt.

Berlin, 14. März. Der Allgemeine Deutſche Gewerkſchaftsbund, der Deutſche Gewerkſchaftsbund, der Deutſche Beamtenbund, der Gewerkſchaftsring und der Afabund erklären, daß die in der Tagespreſſe vom 14. März 1922 veröffentlichte Berichterſtattung über die Sitzung der Spitzenorganiſationen, in der dieſe über die Arbeitszeit der Eiſenbahner berichten, nicht den Tatſachen entſpricht und daß ſie dieſer Veröffentlichung fern ſtehen.

Berlin, 14. März. Die Ueberwachung der Poſt erfolgt ſeitens des Reichsfinanzminiſteriums, wie von amtlicher Stelle erklärt wird, nur im finanziellen Intereſſe. Die Kontrolle beſchränkt ſich auf die Durchſicht von Wert- und Einſchreibebriefen. Die Kontrolle kann noch nicht ganz aufgehoben werden. Politiſche Motive und Handelsſpionage ſind ausgeſchloſſen. Die Kontrolle iſt geboten durch das Kapitalfluchtgeſetz und eine Unterlaſſung würde bei der Entente Anſtoß erregen.

Berlin, 14. März. Die Vorunterſuchung wegen verſuchten Totſchlags gegen den Schloßbeſitzer von Petzow, den Hauptmann von Kähne, iſt jetzt abgeſchloſſen worden. Ein Antrag der Potsdamer Staatsanwaltſchaft, noch weitere Beweiſe zu erheben, wurde vom Unterſuchungsrichter abgelehnt. Im Laufe dieſer Woche wird es ſich entſcheiden, ob das Unterſuchungsergebnis einen ausreichenden Grund für die Erhebung der Anklage wegen verſuchten Totſchlags gegen von Kähne darſtellt. Vorläufig wird gegen ihn ein Verfahren wegen unerlaubten Waffentragens eingeleitet werden.

Berlin, 14. März. Die Nachricht, daß die Frage der geſetzlichen Regelung des Streikrechtes der Beamten in Fluß gekommen ſei, iſt inſofern richtig, als dieſe Frage geprüft wird. Weitere Einzelheiten der betreffenden Meldung werden von zuſtändiger Seite für falſch erklärt. — Die Verhandlungen mit den Spitzenorganiſationen der Gewerkſchaften über Erhöhung der Arbeiterlöhne haben heute nachmittag einen guten Fortgang genommen und werden vorausſichtlich morgen Mittwoch zum Abſchluß gebracht werden. — Wie in Berliner Parlamentskreiſen verlautet, dürfte die Beſetzung des Reichsernährungsminiſteriums mit einem neuen Miniſter noch im Laufe dieſer Woche erfolgen.

Rybnik, 14. März. Dem „Rybniker Stadtblatt" zufolge wurde geſtern gegen die Wohnung des Molkereibeſitzers Schleißers ein Attentat verübt. Es wurde eine Handgranate in das Schlafzimmer geworfen. Die 17jährige Tochter wurde durch Sprengſtücke am Hals und an der Bruſt getroffen. Der Sachſchaden iſt erheblich. Das Attentat war anſcheinend gegen den Sohn gerichtet, der im Selbſtſchutz während des polniſchen Aufſtands tätig geweſen ſein ſoll.

Wien, 15. März. Im Chriſtlich-ſozialen Klub brachte der Obmann Dr. Seipel zur Kenntnis, daß der engliſche Finanzkontrolleur Young in einem Schreiben an den Bundeskanzler Schober die Wünſche der Entente bekannt gegeben habe, die hauptſächlich die Belaſſung auf ſeinen jetzigen Poſten fordere. Die Chriſtlich-Sozialen beſchloſſen daraufhin, ohne Rückſicht auf die bevorſtehende Entſchließung der Groß-Deutſchen ſich für das Weiterverbleiben des Bundeskanzlers auszuſprechen.

Wien, 14. März. Der Kabinettsrat beſchloß, die Demiſſion des Geſamtkabinetts zu geben, weil ſich die Verhandlungen mit den Parteien wegen Bildung einer Arbeitsmehrheit in die Länge gezogen haben und im Hinblick auf die Flüſſigmachung der Kredite eine Klärung nicht länger aufgeſchoben werden kann.

Bern, 15. März. Die Leitung des Schweizeriſchen Gewerkſchaftsbundes hat beſchloſſen, auf die Anfrage des Bundesrats betreffend Stellungnahme zur Genueſer Konferenz zu antworten, daß ſie die Konferenz begrüße, einen Erfolg der Konferenz aber nur dann für wahrſcheinlich halte, wenn auch diejenigen Fragen, die von vornherein ausgeſchloſſen wurden ſollen, zur Diskuſſion zugelaſſen werden, ſo die Reviſion der Friedensverträge, das Reparationsproblem und die Frage der Rüſtungen zu Lande. Die Leitung des Gewerkſchaftsbundes hat gemeinſam mit der Leitung der ſozialdemokratiſchen Partei der Schweiz eine Reihe von Forderungen aufgeſtellt, die dem Bundesrat übermittelt werden ſollen.

Genf, 15. März. Bisher haben folgende Staaten die Einladung der polniſchen Regierung zur Warſchauer Konferenz zwecks Bekämpfung der Epidemien angenommen: Deutſchland, Oeſterreich, Belgien Frankreich, England, Ungarn, Italien, Lettland, Holland, Rumänien, Schweden, Tſchecho-Slovakei und die Schweiz. Mit Polen werden alſo vorläufig 15 Regierungen auf der Konferenz vertreten ſein, die unter Mitwirkung des Völkerbundes am 20. März ihre Arbeiten beginnt.

Paris, 14. März. Der Senat ſtimmte dem Kammerbeſchluß zu, durch welchen die Sommerzeit von 1923 ab aufgehoben wird.

London, 14. März. Eine amtliche Veröffentlichung des engliſchen Miniſteriums für Indien beſtätigt, daß Gandhi, der hervorragendſte Führer der indiſchen Nationaliſten, in Sabarmati, 4 Meilen von Ahmedabad entfernt, verhaftet worden iſt. Die Verhaftung vollzog ſich ohne beſondere Zwiſchenfälle.

Madrid, 15. März. In Nordſpanien iſt reichlicher Schneefall und ſtarke Kälte eingetreten.

Ausweiſung eines nationalſozialiſtiſchen Führers aus Bayern.

Der bayeriſche Miniſter des Innern hatte im Landtag auf eine Anfrage von unabhängiger Seite erklärt, daß die Ausweiſung des bekannten nationalſozialiſtiſchen Führers Hitler, eines Deutſchöſterreichers, erwogen werde. Dieſe Mitteilung hat in weiteſten Kreiſen der bayeriſchen Preſſe Aufſehen erregt. Der „Bayeriſche Kurier" kommt dem Miniſter, der ſeiner Parteirichtung angehört, zu Hilfe, indem er den Nationalſozialismus den bayeriſchen Faszismus nennt und ſagt, daß die nationalſozialiſtiſche Gewaltpolitik wegen ihrer Endziele ſowohl, wie wegen ihrer politiſchen Methoden ganz ebenſo wie ihr innerlich verwandtes Gegenſpiel, die ſozialiſtiſche Gewaltpolitik, der ſchlimmſte Feind der ſtaatlichen Ordnung ſei. Insbeſondere ſei ſie auch ein unverſöhnlicher Gegner der chriſtlichen, föderaliſtiſchen und bayeriſchen Politik.

Die Unterſuchung des Falles Hermes bisher ergebnislos.

Berlin, 14. März. In Sachen des Trieriſchen Winzervereins liegen, wie von unterrichteter Seite feſtgeſtellt wird, weitere Ergebniſſe noch nicht vor. Es habe ſich keinerlei Anhalt für die Behauptung gefunden, daß der Trieriſche Winzerverein aus irgendwelchen Fonds unterſtützt worden ſei. Da Miniſter Dr. Hermes die geſamte Korreſpondenz mit dem Winzerverein unter ſeinen Papieren noch nicht habe finden können, habe das Miniſterium der Anregung des Ausſchuſſes nicht widerſprochen, die Papiere beim Trieriſchen Winzerverein anzufordern. Das Strafverfahren, deſſen Beſchleunigung gewünſcht worden iſt, ſei eingeleitet. Eine Antwort ſeitens der Gerichtsbehörde an das Miniſterium iſt noch nicht eingegangen. Demgegenüber weiſen die „VPN." darauf hin, daß beim Reichsausſchuß für Oele und Fette, der damals und noch heute dem Reichsernährungsminiſterium angegliedert iſt, ein Fonds von 300 000 Mark beſteht zur Bekämpfung der Schädlinge. Aus dieſem Fonds hat der genannte Winzerverband in Trier im Frühjahr 1920 auf Antrag 50 000 Mark erhalten.

Die Deckung der Beamtengehälter-Erhöhungen.

Entgegen anderslautenden Meldungen verlautet, daß im Reichspoſtminiſterium noch keinerlei Erwägungen über neue Tariferhöhungen bei der Poſt als Folge der Erhöhung der Beamtengehälter im Gange ſind. Dagegen dürften, nach Mitteilungen des Tageblattes, bei der Eiſenbahn neue Tariferhöhungen zu erwarten ſein. Die Mehrausgaben für die Beamten der Eiſenbahn dürften über 3 Milliarden Mark, für die Arbeiter und Angeſtellten beinahe 4½ Milliarden Mark betragen. Infolge der Lohnerhöhung iſt aber auch eine Materialſteigerung zu erwarten, deren Höhe auf etwa 5 Milliarden geſchätzt wird. Der vom Reichsverkehrsminiſterium aufzubringende Geſamtmehrertrag dürfte alſo etwa 13 Milliarden ausmachen. Wahrſcheinlich wird ſich die zur Deckung dieſes Betrags in Ausſicht genommene Tariferhöhung nur auf den Güterverkehr und nicht auf den Perſonenverkehr erſtrecken. In Ausſicht genommen iſt, wie das Blatt ſchreibt, eine Erhöhung von 20 Prozent.

Deutſcher Reichstag.

Berlin, 14. März. Auf eine Anfrage des Abg. Brüninghaus (DVP.) antwortete Geſandter von Mutius, die Zahl der farbigen franzöſiſchen Kolonialtruppen überſteigt 18 000 Mann zurzeit erheblich. Im Sommer dürfte ſie etwa auf 25 000 ſteigen. Proteſte dagegen ſeien wiederholt vergeblich erhoben worden. Auf eine weitere Anfrage des Abg. von Schoch (DVP.) über Uebergriffe farbiger Soldaten im beſetzten Gebiet ließ die Regierung erklären, daß in allen Fällen von der Regierung geeignete Maßnahmen getroffen würden. Ueber das Ergebnis der Beſchwerden wurden indeſſen Auskünfte von den Beſatzungsbehörden in den meiſten Fällen nicht erteilt. In einem Falle habe ein als Täter ermittelter Marokkaner anders ausgeſagt als alle deutſchen Zeugen. Darauf ſei er freigeſprochen worden. Auf eine Anfrage des Abg. Bartz (Komm.) wurde erklärt, daß die Gerüchte, wonach die Ernte von 1922 zu enorm hohen Preiſen aufgekauft worden ſei oder werden ſollte, nicht auf Wahrheit beruhe. Gegebenenfalls werde rückſichtslos vorgegangen. Darauf wurde die Beratung des Reichswehretats fortgeſetzt und nach ausgedehnter Debatte das Gehalt des Miniſters bewilligt und eine Entſchließung über die Weiterverleihung des Eiſernen Kreuzes angenommen.

Spaltung der KAPD.

Der „Vorwärts" macht über den Spaltpilz, von dem die ſozialiſtiſchen Parteien ſeit Jahren befallen ſind, folgende Mitteilungen: Augenſcheinlich ſpaltet ſich die KAPD. Ein Teil will zu der USPD., ein Teil zur KPD. zurück. Auch die KAPD., die links von der Kommuniſtiſchen Partei ſteht, iſt nunmehr in den Spaltprozeß eingetreten. Am 5. und 6. März tagte der Zentralausſchuß dieſer Gruppe, wobei es zum Kampf zwiſchen der Zentrale und der Berliner Organiſation kam. Der Zentralausſchuß ſiegte mit den Stimmen von Kiel, Dresden und Stettin, die, wie die kommuniſtiſche „Arbeiterzeitung" verrät, zuſammen noch keine 200 Mitglieder haben. Die Berliner rächten ſich dafür, indem ſie die Anhänger der Bonzen vom Zentralausſchuß, die ſie zartfühlend auch als Revolutionsſchieber bezeichnen, aus ihrer Organiſation ausſchloſſen. Auch in Frankfurt a. M. ſind Ausſchlüſſe erfolgt. Es gibt alſo jetzt zwei KAPD., von denen jede die Anhänger der anderen hinausſchmeißt.

Unbotmäßige Schüler.

Wie die „Voſſ. Ztg." mitteilt, ſind vom Provinzialkollegium etwa 50 Primaner der ſtaatlichen Bildungsanſtalt in Lichterfelde, der früheren Kadettenanſtalt, aus der Anſtalt infolge unbotmäßigen Verhaltens ausgeſchloſſen worden. Nach der Darſtellung des Blattes ſollen ſie eine Hausdame, die beim Abſingen des Liedes „Deutſchland, Deutſchland über alles" ſitzen geblieben war, beſchimpft und derart bedroht haben, daß zwei Schüler und ein Lehrer die Dame vor Tätlichkeiten ſchützen mußten. Die Eltern der Primaner haben eine Kommiſſion gewählt, die in der Angelegenheit durch Vermittlung von Abgeordneten beim Kultusminiſter vorſtellig werden ſoll. Die entlaſſenen Schüler können an keiner preußiſchen Unterrichtsanſtalt mehr zum Abiturientenexamen zugelaſſen werden, ſondern müſſen verſuchen, in einem anderen Freiſtaat ihr Reifezeugnis zu erwerben. Der Kulturminiſter hat inzwiſchen den Delegierten das Verbleiben in der Anſtalt bis zum Donnerstag geſtattet.

Prozeß wegen Millionenſchiebungen.

Berlin, 14. März. Der Prozeß wegen der Millionenſchiebungen bei der Reichstreuhandgeſellſchaft (nicht den Reichswerken) in Spandau endete mit der Verurteilung von 13 Angeklagten. Wie bereits berichtet, handelt es ſich um die Verſchiebung von optiſchem Heeresgerät im Werte von zirka einer Million Mark, das als Umzugsgut aus dem Lager der Reichstreuhandgeſellſchaft in dem ehemaligen Feuerwerkslaboratorium herausgeſchmuggelt worden war und verſchoben werden ſollte. Nach längerer Verhandlung erkannte die Strafkammer des Landgerichts II gegen die Hauptangeklagten Kinkel und Berkewitz auf 1 Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverluſt, gegen acht Angeklagte auf je 9 Monate, gegen drei Angeklagte auf je 2 Monate Gefängnis und gegen den Angeklagten Gaſtwirt Schröder auf Freiſprechung.

Die wahren Gründe für Amerikas Abſage.

Mailand, 14. März. Der „Corriere della Sera" erfährt aus italieniſchen Regierungskreiſen über die Gründe der amerikaniſchen Abſage, die öffentliche Meinung und der Kongreß der Vereinigten Staaten ſeien gegen jede Verpflichtung Amerikas gegen Europa. Die internationalen Gründe bezogen ſich auf die Abneigung der amerikaniſchen Oeffentlichkeit gegen den Bolſchewismus. Die amerikaniſche Oeffentlichkeit ſei außerdem entſchieden gegen den Nachlaß der Schulden und befürchte daher, die amerikaniſche Abordnung könnte in Genua in Verlegenheit kommen.

Neuyork, 14. März. Der Washingtoner Korreſpondent der „Aſſociated Preß" vernimmt von zuſtändiger Stelle, daß die amerikaniſche Regierung nicht beabſichtigt, ihre Zuſtimmung zu einer Verteilung der deutſchen Reparationszahlungen zu geben, ohne ſich ihren Anteil daran zu ſichern. Auf Grund der Bedingungen des Waffenſtillſtandes blieben die amerikaniſchen Truppen im Rheinlande auf ausdrücklichen Wunſch der Regierung der Alliierten. Einer Wiedererſtattung der Amerika dadurch entſtandenen Ausgaben wurde ausdrücklich zugeſtimmt. Die jüngſte Forderung wurde nur erhoben, weil Berichte aus Europa anzeigten, daß die Alliierten nicht geneigt ſeien, auf die Vereinigten Staaten Rückſicht zu nehmen. Aber die Regierung der Vereinigten Staaten iſt willens, auf ihren Rechten auf Grund der Bedingungen des Waffenſtillſtandes zu beharren.

Neue ſchwere Kämpfe in Südafrika.

Wie aus Johannesburg gemeldet wird, iſt ſeit Sonntag früh im Randgebiet eine große Schlacht mit den aufſtändiſchen Bergleuten im Gange. Die Streitkräfte der Regierung ſind im Begriff, die Aufſtändiſchen einzuſchließen. 2200 von ihnen wurden gefangen genommen. Bonomi, Junswart und andere Ortſchaften wurden von den Regierungstruppen genommen.

Im Preise erhöht von 1.50 M. auf 2 Mk. wurde das bekannte **Herzlilien-Schampon**, welches wegen seiner wunderbar verschönernden Wirkung als Haarwaschmittel sehr beliebt ist.

Da in einschläg. Geschäften Herzlilien-Schampon zu 1.50 Mk. jetzt nur noch kurze Zeit erhältlich ist, so empfiehlt es sich, noch einige Pakete bald zu kaufen.

Maul- und Klauenſeuche.

Es iſt Veranlaſſung gegeben, die vom Oberamt Neuenbürg durch Bekanntmachung vom 19. Oktober 1921 (Enztäler Nr. 244) erlaſſenen Anordnungen zur Verhinderung der Seucheneinſchleppung und -Verbreitung wiederholt den beteiligten Kreiſen in Erinnerung zu bringen. Hienach gilt:

1. die von **außerhalb Württembergs eingeführten Wiederkäuer und Schweine** ſind auf die Dauer von 5 bezw. 10 Tagen unter polizeil. Beobachtung zu ſtellen.
2. die mit der Bahn eingeführten Tiere ſind vor dem Ausladen von dem beamteten Tierarzt zu unterſuchen.
3. bei der Einfuhr auf dem Landweg haben die Einführenden ſofort der **Ortspolizeibehörde des Grenzorts Anzeige zu machen**, die den Oberamtstierarzt zu benachrichtigen hat.
4. das Gleiche gilt auch für die Einfuhr von Tieren aus **verſeuchten württ.** Bezirken.

Die Ortspolizeibehörden werden beauftragt, bei Einfuhr von Klauenvieh in ihren Gemeinden ſtrenge Aufſicht entſprechend vorſtehenden Anordnungen auszuüben.

Neuenbürg, den 14. März 1922.

Oberamt:
Wagner.

Oberamtsſtadt Neuenbürg.

Am **Donnerstag, den 16. März, abends von 5 bis 6 Uhr**, werden im Rathaus, Zimmer Nr. 5, **Anmeldungen** auf eine kleine Zahl **Drillich-Jacken und Hoſen, Unterhoſen und Militärtuch** entgegen genommen.

Städt. Lebensmittelſtelle.

Neuenbürg.
Blütenweißer
Blumenkohl
eingetroffen
Alb. Bender, Samenhdlg.

Für **Einfamilienhaus** (3 Perſonen) in ſchönſter Höhenlage Stuttgarts wird für bald oder 1. April ein **gutes, zuverläſſiges**

Mädchen

bei hohem Lohn und guter Behandlung in Dauerſtellung geſucht. Gelegenheit zum Nähen-, Kochenlernen uſw. vorhanden. Gefl. Angebote an
J. Zerweck, Stuttgart,
Jägerſtr. 37.

Zukunft
wie ſie nach aſtrologiſchen Berechnungen zu erwarten iſt. Geburtsdatum und Ort angeben. Nur Rückporto erbeten. Viele glänz. Dankſchreiben. **Parkow, Hannover**, Wülfel 4. 120.

Neue Beſtellungen
auf den **täglich** erſcheinenden **„Enztäler"** werden fortwährend von allen Poſtanſtalten und unſeren Austrägern entgegengenommen.

Haus Friedberg.

Erzählung von Ewald Auguſt König.

42. (Nachdruck verboten.)

Der Lindenwirt hatte ſofort die nötigen Anordnungen getroffen. Einen Knecht hatte er auf dem Ackergaul in die Stadt geſchickt, um den Arzt zu holen, Röschen mußte im Zimmer Haſtings einheizen und heiße Krüge in das Bett legen, und er ſelbſt eilte mit dem andern Knecht hinaus.

Eine Leiter, auf der mehrere Kiſſen lagen, diente als Tragbahre, auf ihr wurde der Verwundete in die Schenke gebracht.

Im demſelben Augenblick, in welchem der kleine Zug ankam, fuhr Willibald von dannen; er mußte zuvor mit dem Doktor Schwabe einen heftigen Wortſtreit gehabt haben, denn der Wucherer ſah mit braunrotem Geſicht und zornflammenden Augen dem davonrollenden Wagen nach, der bald darauf in der Ferne verſchwand.

Ladenburg überließ es dem Wirt, den Verwundeten ins Bett zu ſchaffen, er hatte mit dem Wucherer noch einige Worte zu reden und befürchtete wohl mit Recht, daß derſelbe ihm entwiſchen könne, zumal er annehmen mußte, daß Willibald dieſem Manne bereits die Fälſchung der Wechſel vorgeworfen hatte.

Er trat auf ihn zu und erſuchte ihn, ihm in ſein Zimmer zu folgen, und der Doktor kam zögernd dieſem Verlangen nach.

„Sie haben einen Schreiber, der Eduard Liebrecht heißt,“ nahm Ladenburg das Wort, „dieſer Liebrecht hat mir vor einiger Zeit Wechſel verkauft, welche mein Schwager, Graf Willibald Friedberg, auf ein Bankhaus ausgeſtellt hatte. Der Verkauf geſchah in Ihrem Auftrage, nicht wahr?“

„Ich leugne das nicht.“

„Sie können es nicht leugnen, denn mein Schwager hatte Ihnen die Wechſel zur Deckung für eine Schuld übergeben.“

„Und da er ſelbſt kein Geld hatte, um ſie einzulöſen, ſo ließ ich ſie Ihnen anbieten,“ ſagte Schwabe, deſſen tückiſcher Blick forſchend auf Ladenburg ruhte. „Das würde jeder andere an meiner Stelle getan haben.“

„Sie werden mir wohl ſagen können, wer dieſe Akzepte gefälſcht hat.“

Der Wucherer ſchlug die Augen nieder, er ſchien den durchdringenden Blick Ladenburgs nicht ertragen zu können. „Wer anders, als derjenige, der ein Intereſſe dabei hatte,“ erwiderte er trotzig.

„Auch dieſe Antwort finde ich richtig,“ ſagte Ladenburge, „wer aber hatte das größere Intereſſe dabei? Sie, mein Herr!“

„Nicht doch; Graf Friedberg! Er war in Verlegenheit, er mußte Geld haben, um ſeine Ehrenſchulden zu tilgen, ich wollte ihm kein Darlehen mehr geben, daraufhin präſentierte er mir dieſe Wechſel.“

„Und Sie wollen nun behaupten, Sie hätten an die Echtheit dieſer Wechſel geglaubt?“ fragte Ladenburg mit ſcharfer Betonung.

„Und geſetzt nun, ich ſei von der Fälſchung dieſer Akzepte überzeugt geweſen, beſaß ich gerade nicht in dieſen gefälſchten Schriftſtücken eine ſichere Bürgſchaft für meine Forderung?“ erwiderte Schwabe ſpöttiſch. „Wenn Sie ſich weigerten, die Wechſel zu kaufen, ſo würde ich meinem Schuldner mit dem Staatsanwalt gedroht haben, Graf Willibald hätte dann jedenfalls Mittel geſucht und gefunden, mich zu befriedigen.“

„Das hätten Sie keinesfalls getan, weil Sie ſehr genau wußten, daß Graf Willibald die Fälſchung nicht begangen hatte.“

„Und wer ſoll ſie begangen haben?“ fragte der Wucherer.

„Sie ſelbſt!“

Auf dieſe Antwort war der Doktor offenbar vorbereitet, ſein höhniſches Lachen bewies das. „Die Ehre Ihres Schwagers iſt freilich auch Ihre Ehre,“ ſagte er mit beißendem Spott, „indes glaube ich nicht, daß Sie auf dieſem Wege ſie retten werden. Sie haben das ziemlich ſchlau erſonnen, aber eine Anklage muß man auf Beweiſe ſtützen können, und dieſe Anklage iſt geradezu lächerlich. Ich möchte doch wiſſen, was mich veranlaßt haben könnte, dieſe Wechſel zu fälſchen, gerade durch die Fälſchung verloren ſie ja ihren Wert.“

„Sie waren ohnedies wertlos,“ erwiderte Ladenburg, „kein Menſch hätte Ihnen einen Groſchen dafür gegeben, und wenn Sie mir dieſelben zum Kauf angeboten hätten, ſo würde ich Sie ausgelacht haben. Das wußten Sie, und Sie wußten auch, daß ich die Wechſel kaufen würde, ſobald ich den Glauben gewann, daß mein Schwager ſich dieſer Fälſchung ſchuldig gemacht habe. Ihr Schreiber war der geeignete Mann, den Handel abzuſchließen; mich zu demſelben gewiſſermaßen zu zwingen; erſt heute habe ich die Wahrheit erfahren.“

„Graf Willibald von Friedberg hat geleugnet, die Fälſchung begangen zu haben?“ fragte der Wucherer achſelzuckend. „Das ließ ſich erwarten, man findet ſehr ſelten einen Verbrecher, der ſeine Verbrechen offen eingeſteht. Daß Sie ihm mehr Glauben ſchenken, als mir, finde ich auch natürlich —“

„Seinen Ausſagen allein ſchenke ich Glauben!“ rief Ladenburg, empört über den frechen Trotz dieſes Mannes. „Und wenn ich mir volle Gewißheit verſchaffen will, ſo habe ich nur nötig, dieſe Schriftſtücke einem Sachverſtändigen zur Beurteilung zu übergeben, er wird ſehr raſch herausfinden, welche Hand dieſe Akzepte geſchrieben hat. Und ich werde dies tun, ja, ich werde noch weiter gehen und die Wechſel dem Staatsanwalt einhändigen, wenn Sie mir nicht die volle Summe zurückbezahlen.“

Doktor Schwabe wollte abermals lachen, aber es war ein heiſeres Gebrüll, was aus ſeinem Munde herauskam. „Nicht einen roten Pfennig!“ rief er.

(Fortſetzung folgt.)

„Warm zu empfehlen iſt Zuckers Patent-Medizinal-Seife gegen unreine Haut, Mitesser.

Pickel

[illegible]

Creme (nichtfettend u. fettend).

In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friſeurgeſchäften erhältlich.

Herrenalb.

Jeden Freitag

See-Fiſche.

Aug. Pfeiffer.

Penſion oder Hotel

wird von erfahrenem Fräulein (Vierzig) **zu kaufen geſucht,** eventl. auch tätige Beteiligung mit größerem Kapital an rentierendem Objekt. Angebote erbeten an Frl. **E. Strohmaier, Stuttgart,** Zeppelinſtraße 159.

40000 bis 45000 Mark

auf erſte Hypothek für einen Neubau per ſofort aufzunehmen geſucht.

Schriftliche Angebote erbeten an die „Enztäler“-Geſchäftsſtelle.

Schwann.

Suche zirka 20 Zentner

Heu

und ebenſoviel

Stroh

zu kaufen, auch kleinere Poſten; **tauſche** auch gegen **Brennholz.**

Carl Gentner, Telefon 12.

Kaufe

Gold, Platin, Silber

zur gewerblichen Verarbeitung.

Auguſt Meiſch, Pforzheim,

Edelmetallhandlg., Enzſtr. 39,

Telefon 3468.

Althengſtett (Oberamt Calw.)

Lang- u. Sägholz-Submiſſion.

Die Gemeinde bringt im Submiſſionswege zum Verkauf: **87 Fichten, 67 Tannen und 31 Forchen** mit 62,05 Fm. I. Klaſſe, 118,75 Fm. II. Kl. u. 52,60 Fm. III. Kl.

Offerten in Prozenten der Taxpreiſe 1922 ausgedrückt, ſind bis **Montag, den 20. März, vormittags 8 Uhr,** zu welcher Zeit der Zuſchlag ſtattfindet, beim Schultheißenamt einzureichen.

Die Forchen ſind zum Tannenpreis berechnet. Auszüge ſind von Waldmeiſter Breitling erhältlich.

Gemeinderat.

Schulbedarfs-Artikel:

Schulhefte	**Schultinte**
Schulbücher	**Zeichenwaren**
Schultafeln	**Schreibwaren**
Tafelſchwämme	**Geſangbücher**

C. Meeh'ſche Buchhandlung, Neuenbürg

Inh.: **D. Strom.**

Als Vertreter der Firma

Zeller & Gmelin, Mineralölraffinerie,

in Eislingen a. d. Fils

für den **Oberamtsbezirk Neuenbürg** halte ich mich zur Lieferung von

Mineralölen, Fetten, Benzin uſw.

für alle Zwecke beſtens empfohlen und bitte **bei Bedarf Angebote bei mir einzuholen.**

Für prompte und **ſtets gleichmäßige Qualitätslieferungen** bietet dieſes angeſehene und bedeutendſte **ſüddeutſche Werk volle Garantie.**

Lorenz Luz jr., Altenſteig,

Tel. 46.

Zwecks Verbilligung des Portos

empfehlen wir uns der Geſchäftswelt in

Herſtellung von Poſtkarten

höchſtzuläſſige Größe 15,7 : 10,7 cm ſowohl für Hand- wie Schreibmaſchinen-Schrift.

C. Meeh'ſche Buchdruckerei, Neuenbürg

Inh: **D. Strom.**

Die württ. Regimenter im Weltkrieg 1914-1918.

Herausgegeben von General H. Flaiſchlen.

- Bd. 1. **Das 9. württ. Infanterie-Regiment Nr. 127.** ℳ 20.—.
- Bd. 2. **Das württ. Geb.-Art.-Regt.** ℳ 20.—.
- Bd. 3. **Das 1. württ. Landſturm-Infanterie-Regiment Nr. 13.** ℳ 20.—.
- Bd. 4. **Das württ. Reſ.-Infanterie-Regiment Nr. 120.** ℳ 20.—.
- Bd. 5. **Das württ. Landw.-Infanterie-Regt. Nr. 124.** ℳ 20.—.
- Bd. 6. **Die Ulmer Grenadiere an der Weſtfront (Gren.-Regt. 123).** ℳ 20.—.
- Bd. 7. **Das württ. Reſ.-Infanterie-Regiment Nr. 119.** ℳ 20.—.
- Bd. 8. **Mit den Olga-Dragonern im Weltkrieg.** ℳ 30.—.
- Bd. 9. **Das württ. Inf.-Rgt. Nr. 180.** ℳ 25.—.
- Bd. 10. **Das württ. Inf.-Rgt. Nr. 476.** ℳ 24.—.
- Bd. 11. **Drag.-Regiment „König“ (2. württ.) Nr. 26.** ℳ 24.—.
- Bd. 12. **Das württ. Feld-Art.-Regt. Nr. 116.** ℳ 24.—.
- Bd. 13. **Das württ. Inf.-Rgt. Nr. 475.** ℳ 20.—.
- Bd. 14. **Das Füſilier-Regiment Kaiſer Franz Joſeph von Oeſterreich, König von Ungarn (4. württ.) Nr. 122.** ℳ 30.—.
- Bd. 15. **Das Inf.-Regt. König Wilhelm I. (6. württ.) Nr. 124.** ℳ 24.—.
- Bd. 16. **Württ. Feld-Artillerie-Regt. Nr. 238.** ℳ 28.—.
- Bd. 17. **Ldw.-Inf.-Regt. Nr. 126.** ℳ 25.—.
- Bd. 18. **Inf.-Regt. Nr. 121.** ℳ 25.—.
- Bd. 19. **Feld-Art.-Regt. Nr. 29.** ℳ 35.—.
- Bd. 20. **Reſ.-Inf.-Regt. Nr. 121.** ℳ 32.—.
- Bd. 21. **Reſ.-Inf.-Regt. Nr. 122.** Etwa ℳ 35.
- Bd. 22. **Inf.-Regt. Nr. 120.** Etwa ℳ 35.—.
- Bd. 23. **Landw.-Inf.-Regt. 123.** Etwa ℳ 35.—.
- Bd. 24. **Feld-Art.-Regt. Nr. 49.** Etwa ℳ 35.—.
- Bd. 25. **Ldw.-Inf.-Regt. Nr. 120.** Etwa ℳ 35.
- Bd. 26. **Ldw.-Feldartillerie-Regiment Nr. 1.** Etwa ℳ 35.—.

Porto pro Band ℳ 4.—. Weitere Bände folgen.

Alle Kriegsteilnehmer, wie die Angehörigen der Gefallenen und Vermißten, ſind Käufer der betreffenden Regimentsgeſchichte. Jede derſelben iſt ein ſtolzes Gedenkbuch deutſchen Heldentums.

Chr. Belſer'ſche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

Auch zu beziehen durch die

C. Meeh'ſche Buchhandlung, Neuenbürg.

☛ Warnung! ☚

Betr. Herren- und Damenhüte zum Umformen!

In letzter Zeit werden von verſchiedenen Hauſierern (Einſammler) Hüte zum faconieren eingeſammelt. Geben Sie dieſen Leuten keine Hüte ab, da Sie keine Garantie haben, ob Sie Ihren gleichen Hut wieder bekommen. Bringen Sie Ihren

alten Hut

direkt in die Fabrik zum faconieren, wenn Sie auf gute Bedienung rechnen wollen.

Schwann.

Johannisbeer- und Stachelbeerſträucher

ſchöne ſtarke Pflanzen, empfiehlt

Carl Gentner,

Handelsgärtner.

Schömberg.

Zugelaufen

iſt mir ein **Schnauzer.**

Derſelbe kann gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld innerhalb 3 Tagen abgeholt werden bei

Hermann Lörcher.

Schömberg.

Mädchen

für Fremdenzimmer u. Hausarbeit (auch Anfängerin) zum 1. oder 15. April geſucht.

Offerten mit Bild erbeten an

Frau **A. Arnold.**

Jüngeres

Mädchen

für Küche und Haushalt in kleiner Familie mit zwei Kindern auf 1. April geſucht. Stütze vorhanden.

Angebote an

Frau **C. Faas, Pforzheim,**

Nebeniusſtr. 1.

Sauberes, fleißiges

Mädchen

für die Kafferküche gegen hohen Lohn geſucht.

Konditorei und Cafe

Karl Kaiſer, Karlsruhe,

vormals **A. Neu.**

Tüchtiges

Mädchen

für häusliche Arbeiten, Anfangslohn 200 Mk., auf ſofort oder 1. April geſucht.

Schnepf, Karlsruhe,

Parkſtr. 27.

H. M.

Heute abend

b. Robert Silbereiſen